

EDITORIAL

What a year!

„Liebe Politik, lieber Staat, bitte nicht stören!“, war die Botschaft des Vorstandsvorsitzenden der msg Dr. Stephan Frohnhoff am 1. Dezember bei den Digitalisierungsgesprächen zum Thema „Innovationen in Deutschland und Europa fördern“. Diese Botschaft bezog sich auf die Innovationsfähigkeit mittelständischer Unternehmen und die Frage, wie sich der Staat dabei einbringen sollte. „Bitte nicht stören.“ – Dies gilt aber nicht für die Umgestaltung unseres Staates hin zu einer modernen, agilen, ermöglichenden und philanthropen Institution. Um den modernen Staat, als das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel, zu erreichen, müssen Politik und Staat aktiv Weichen stellen und das eigene Mindset überdenken. Hier soll er stören, der Staat: verkrustete Strukturen aufbrechen, alte Eitelkeiten überwinden, blockierende festgefahrene Pfade verlassen und verstaubte Aktenschränke aussortieren. Dabei braucht er politische Unterstützung.

Auch das schwierige Jahr 2021 hat gezeigt: Wir brauchen für die Bewältigung von Krisen und sich zuspitzenden gesellschaftlichen Problemen einen handlungsfähigen, die Bevölkerung stärkenden Staat. Daher widmet sich die letzte Ausgabe der *Digital Insight* in diesem Jahr dem modernen Staat.

Im Comment erörtert Werner Achtert, warum wir ein neues digitales Mindset brauchen. In den *InBriefs* können Sie lesen, was es mit Humble Government in Finnland auf sich hat, wie sich der neue Koalitionsvertrag auf die Kompetenzen der FITKO (Föderale IT-Kooperation) auswirkt und was wir aus dem Digitalisierungsindex 2021 lernen können. In der Rubrik *InPerson* berichten wir über unsere Podiumsdiskussion vom 16. November. Unser Thema war „Internationale Cybersicherheit: Wie schützen wir die Wirtschaft in Deutschland und Europa vor Cyberangriffen?“. In der Rubrik *InFocus* beschreibt Tobias Link Herausforderung und Chance der Digitalisierung für den modernen Staat.

Schließlich schildert MdB Tobias B. Bacherle von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Rubrik *Political Voice* seine Visionen eines modernen Staates für ein Deutschland, das „einfach funktioniert“.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen, besinnliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2022!

Mit herzlichen Grüßen

Regina Welsch

Redaktionsleitung *Digital Insight*,
Lead Public Affairs Manager, msg

INQUOTE

**Olaf Scholz, SPD:**

„Der Fortschritt ist etwas, das zusammenführt!“

Am 04.12.2021 auf dem [SPD-Parteitag](#)

Angela Merkel, CDU:

„Unsere Demokratie lebt von der Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung und zur Selbstkorrektur.“

Am 02.12.2021 anlässlich des [Großen Zapfenstreichs](#)

Frances Haugen, Facebook-Whistleblowerin:

„Wovor ich am meisten Angst habe, ist vermutlich nicht Facebook. Es ist, dass es eine Menge Leute gibt, die davon profitieren, wie das System heute funktioniert.“

Am 04.11.2021 im Interview mit der [Deutschen Presse-Agentur](#)

Volker Wissing, FDP:

„Wir haben die Modernisierung unserer Strukturen verpasst.“

Am 30.07.2021 im Interview mit dem [Redaktionsnetzwerk Deutschland](#)

Karl Lauterbach, SPD:

„Wenn es darum geht, Menschen vor einer epidemischen tödlichen Erkrankung zu schützen, braucht der Staat die notwendigen Mittel. Diese Mittel wurden verhältnismäßig eingesetzt. Ein Sieg der Vernunft.“

Am 30.11.2021 bei [Twitter](#)

Christian Lindner, FDP:

„Wir werden diesen Staat digitalisieren, um Wohlstand und Wachstum für mehr Menschen zu organisieren.“

Am 24.11.2021 bei [portal liberal](#)

Stefan Schnorr, BMWi:

„In Deutschland gibt es eine hervorragende Grundlagenforschung, aber wir haben ein Problem bei der Transformation in Produkte.“

Am 24.06.21 im [Handelsblatt](#)

Saskia Esken, SPD:

„Wir wollen Digitalpolitik schneller, agiler und beteiligender gestalten, etwa durch Einbeziehen von Experten, Wissenschaftlern und dem im Parlament versammelten Know-how.“

Am 07.09.2021 bei der [Dmexco](#)

Dr. Anna Christmann, Bündnis 90/Die Grünen:

„Eine deutliche Mehrheit der Deutschen vertraut der Wissenschaft, denn sie wissen um den Wert unabhängiger und glaubwürdiger Forschung. Das macht Mut, denn die großen Krisen unserer Zeit werden wir nur mit den klugen Innovationen aus der Wissenschaft lösen können.“

Am 11.11.2021 in einem [Pressestatement](#)

Nadine Schön, CDU:

„Innovationen werden von Menschen gemacht. Deshalb müssen wir auch direkt in Menschen investieren.“

Am 31.08.2021 bei [Fostering Innovation – Unlocking Potential](#)

Thomas Jarzombek, CDU:

„Es gibt für die neue Regierung bei Digitalisierung nur zwei Möglichkeiten: Bündeln oder scheitern!“

Am 05.12.2021 bei [Twitter](#)



msg COMMENT

Brauchen wir ein neues digitales Mindset?



von Werner Achtert (Geschäftsleitung Public Sector, msg)

Im Bereich Digital Public Services des „[Digital Economy and Society Index](#)“ besetzt Deutschland nur den 17. Platz von 28 Plätzen. Zum einen liegt das vermutlich an dem immer noch unzureichenden digitalen Angebot unserer staatlichen Institutionen; zum anderen wird aber auch das fehlende digitale Mindset

unserer Gesellschaft bemängelt. Die kommende Regierung wird sich beiden Herausforderungen stellen müssen.

Deutschland ist „mütend“

Einen anspruchsvollen Rahmen für den digitalen Neustart bietet der neue Koalitionsvertrag bereits in seinem ersten Kapitel „Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovation“. Wie diese Umsetzung aussehen wird, bleibt jedoch offen.

Den rechtlichen Rahmen für mehr Digitalisierung hat vor allem das OZG geschaffen, obwohl viele Aspekte, wie das oft noch gültige Schriftformerfordernis, zu verbessern sind. Die Umsetzung digitaler Angebote erfolgte bisher noch zu langsam. Ressortstreitigkeiten und die schleppende Verteilung der für Digitalisierung und Schlüsseltechnologien veranschlagten Gelder waren für eine zügige digitale Transformation aller staatlichen Bereiche nicht förderlich. Hinzu kommt die im internationalen Vergleich schwache Digitalisierungsmentalität in der Bevölkerung. Der Nationale Normenkontrollrat postulierte hierzu sehr passend, Deutschland sei „mütend“, also müde und wütend.¹ Wie gelingt es also, das digitale Mindset in Verwaltung und Gesellschaft zu stärken?

Aufbrechen festgefahrener Strukturen

Die Ampel-Koalition muss Impulse setzen, um die Digitalisierung anzugehen. Innovationseinheiten, wie die zur OZG-Umsetzung eingerichteten Digitalisierungslabore, zeigen: Moderne Methoden und das Aufbrechen festgefahrener Strukturen führen in Verwaltungen zu innovativen, ressortübergreifenden Lösungen.

Stärken wir die digitale Kompetenz der Gesellschaft, stärken wir auch ihr digitales Mindset. Dies kann zum Beispiel durch den Ausbau von Bürgerbeteiligungsformaten gelingen. Auch sollten geeignete Weiterbildungsformate allen Bevölkerungsschichten die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft gewährleisten. Der Koalitionsvertrag schlägt hier richtigerweise eine Bundeszentrale für digitale Bildung vor.

Digitalagenturen zur Stärkung des digitalen Mindsets

Schlagkräftige, personell gut ausgestattete Digitalisierungsagenturen gilt es aufzubauen. In Dänemark und Großbritannien gibt es solche Agenturen schon seit 2011. Auch der Nationale Normenkontrollrat plädiert für eine solche Digitalisierungsagentur mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen.²

Um den digitalen Wandel voranzutreiben und das digitale Mindset zu stärken, bieten sich themenbezogene Digitalagenturen an. Ihr Auftrag: Einzelne Themen aus Sicht der Nutzen bearbeiten. Ihre Arbeitsweise: experimentell, agil und lösungsorientiert. Digitalagenturen können schneller agieren als Ministerien. Sie binden Digitalexperten und -expertinnen ein und forcieren die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung.

Die technischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche digitale Transformation sind gegeben. Jetzt müssen wir noch unsere Digitalisierungsmentalität ändern. Digitalagenturen können durch die Einbindung von Experten und Expertinnen verschiedener Fachbereiche und durch ressortübergreifendes Handeln das digitale Mindset tiefgreifend verändern und so zum nachhaltigen Wandel der Verwaltungskultur und zu einer erfolgreichen digitalen Transformation beitragen.

Eine langfristige, tiefgreifende digitale Transformation erfordert dieses neue digitale Mindset.

1 <https://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/72494/1910766/2193a04890573b67b0a46e38e22bd3bf/210504-monitor-digitale-verwaltung-5-data.pdf>

2 <https://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/72494/1910766/2193a04890573b67b0a46e38e22bd3bf/210504-monitor-digitale-verwaltung-5-data.pdf> S. 14

INBRIEF

Humble Government - FITKO - Digitalisierungsindex



Humble Government

Der Thinktank Demos Helsinki entwickelte gemeinsam mit dem US-amerikanischen Rechtswissenschaftler Charles F. Sabel das Konzept Humble Government. Mit dem Konzept soll der Systemwandel der finnischen Verwaltung angegangen werden. Mit #HumbleGovernment will die finnische Regierung den Prozess ihrer Entscheidungsfindung ändern. Auch außerhalb von Finnland wird das Humble-Government-Konzept bereits angewandt. Das Konzept gewann einen der [drei Awards des Creative Bureaucracy Festival 2021](#).

Doch was bedeutet Humble Government? Übersetzt heißt Humble demütig, bescheiden. Bescheidene Regierung – schließlich ist auch die Regierung fehlbar! Genau das sollte sie laut Humble-Ansatz akzeptieren. Humble Government ist ein Ansatz für den politischen Entscheidungsprozess, der darauf abzielt, die Art, wie Regierungen die Gesellschaft steuern und regulieren, durch Zusammenarbeit und kontinuierliche Untersuchung zu erneuern. Die komplexen Probleme des 21. Jahrhunderts erfordern eine Politikgestaltung, die sich von der Illusion eines Top-down-Ansatzes verabschiedet. Je komplexer und unsicherer ein politisches Thema ist, desto nützlicher ist es, mit Bescheidenheit daran zu arbeiten, und desto sinnvoller ist der Humble-Ansatz. Allerdings sind für den Humble Government Bedingungen zu erfüllen. Erforderlich ist zunächst ein „thin consensus“ über einen gemeinsamen Ansatz und die Ziele der Akteure. Durch iteratives ständiges Testen und Prüfen will der Humble-Ansatz die Innovations-

und Entscheidungsprozesse verbessern, um hochkomplexe Probleme effektiv zu lösen. In diesen iterativen Prozess sollen Stakeholder eingebunden werden, welche die größte Expertise zu einem bestimmten Themenkomplex vorweisen. Mögliche Stakeholder sind Unternehmen, Verbände, einzelne Personen oder zivilgesellschaftliche Organisationen. Humble gilt als Bottom-up-Ansatz, der dazu dient, das bestmögliche Ergebnis zu erzielen.³

Nach Gerhard Hammerschmid, Professor für Public and Financial Management der Hertie School, könnte sich der Humble-Ansatz auch für die Modernisierungspläne der Verwaltung eignen.⁴ So ließe sich der Humble-Ansatz für die von der Ampel-Koalition im Koalitionsvertrag veröffentlichten Modernisierungspläne anwenden. Am finnischen Schulsystem wurde er bereits erprobt. Auch das deutsche Schulsystem bedarf einer digitalen Aufbesserung – ob mit Humble-Ansatz wird sich zeigen.

Die Föderale IT-Kooperation

Vor und während der Koalitionsverhandlungen wurde rege über die Schaffung eines Digitalministeriums debattiert. Mit dem Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP steht nun fest: In der neuen Legislaturperiode wird es kein gesondertes Ressort für Digitalisierung geben. Stattdessen soll mit der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) eine bestehende Behörde ausgebaut - und somit eine „agile, flexible Einheit mit einem mehrjährigen Globalbudget“ geschaffen werden. Hiermit will die künftige Bundesregierung IT-Verfahren nach dem Einer-für-alle-Prinzip (Efa) standardisieren und vereinheitlichen sowie klare Verantwortlichkeiten festlegen. Mehrere Institutionen wie etwa die Gewerkschaft DBB Beamtenbund und Tarifunion hatten sich im Vorfeld gegen ein Digitalministerium und für den Ausbau der FITKO zu einer „schlagkräftigen Digitalagentur“ ausgesprochen.⁵

Gegründet im Januar 2020 unterstützte die FITKO den IT-Planungsrat bei der Umsetzung von Beschlüssen zur Verwaltungsdigitalisierung. Zentrale Aufgabe war die Koordination und Zusammenführung von Digitalisierungsmaßnahmen

zwischen Bundes- und Länderebenen. Bis 2022 wurde für die FITKO ein Budget von 180 Millionen Euro bewilligt; zu 35 Prozent finanziert durch den Bund und zu 65 Prozent durch die Länder.⁶ Als neue Ziele des umfangreichen Digitalisierungsvorhabens legten die Koalitionsparteien unter anderem ein allgemein anwendbares Identitätsmanagement sowie die verfassungsfeste Registermodernisierung fest.⁷

Nach Medienauffassung geht die künftige Bundesregierung mit ihren Plänen zum Ausbau der FITKO „längst überfällige Baustellen bei der Verwaltungsdigitalisierung“ an und greift Empfehlungen von Digitalisierungsexperten auf, hierunter auch von msg (Vgl. Tagesspiegel Background, Digitalisierung & KI vom 25. November). Der enorme Aufholbedarf sowie der koordinatorische Aufwand im föderalen System bergen große Herausforderungen für die zukünftige Arbeit der FITKO. Erfolgsentscheidend wird daher vor allem die personelle und finanzielle Ausstattung der „neuen“ Digitalbehörde sein.

Digitalisierungsindex 2021: Corona nicht die treibende Kraft hinter Fortschritten in der Wirtschaft

Den Digitalisierungsindex der deutschen Wirtschaft ermittelt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie jährlich neu. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Indexwert 2021 um 8 Punkte von 100 auf 108 gestiegen. Eine naheliegende Erklärung für den Aufwärtstrend in der deutschen Wirtschaft bietet die Coronapandemie. Auch Medienberichte und politische Debatten identifizierten sie vielfach als treibende Kraft hinter der Digitalisierung. Das BMWi kommt in seiner Auswertung jedoch zu dem überraschenden Fazit, dass der Digitalisierungsschub nicht ausschließlich auf die pandemische Lage zurückzuführen sei. Demnach wirkte sich diese primär auf die Digitalisierung von Prozessen aus (plus 21 Punkte), was wiederum einen förderlichen Effekt auf die Indexkategorien Produkte (plus 10 Punkte) und Geschäftsmodelle (plus 2 Punkte) hatte.

Gleichzeitig ist laut BMWi noch unklar, welchen konkreten Einfluss die Coronapandemie auf die einzelnen Kategorien hatte und wie umfassend dieser ist.

In den einzelnen Branchengruppen verzeichnete die Tourismusbranche die stärksten Zuwächse. Deren Wert stieg um 20,1 Punkte auf 84,4; liegt aber damit immer noch deutlich unter dem Durchschnitt von 105,1. Einsamer Spitzenreiter ist weiterhin die IKT-Branche mit 273,5 Punkten. Auf Rang zwei ist mit 187,5 Punkten der Fahrzeugbau, gefolgt von der Branchengruppe Elektrotechnik und Maschinenbau auf Platz drei mit 142,7 Indexpunkten. Im Mittelfeld platzieren sich die unternehmensnahen Dienstleister (142,7) sowie die Branchengruppe Grundstoffe, Chemie und Pharma (94,5). Deutlich unterdurchschnittlich schneiden hingegen die Gruppen Handel, sonstiges verarbeitendes Gewerbe, Verkehr und Logistik sowie sonstiges produzierendes Gewerbe ab (56 bis 75,4).

Die Digitalisierungsgrade unterscheiden sich zudem stark in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße. Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden liegen mit 205,2 Indexpunkten klar in Führung, dahinter platziert sind Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten (119,4 Punkte) und Unternehmen mit einem bis 49 Beschäftigten (93,9 Punkte). Der durchschnittliche Digitalisierungsgrad bei Unternehmen mittlerer Größe ist dabei im Vergleich zu 2020 um 6,5 Punkte zurückgegangen. Auch regional ergeben sich Unterschiede: Spitzenreiter ist die Bundeslandgruppe Süd mit 129,1 Indexpunkten, gefolgt von den Ländergruppen Nord (112,7), West (108) und Ost (97,8). Insgesamt bietet der Digitalisierungsgrad in der deutschen Wirtschaft weiterhin ein uneinheitliches Bild, das je nach Branche, Größe und Region stark variiert.

Von der Redaktion

3 <https://tietokaytoon.fi/documents/1927382/2158283/Humble+Government.pdf/efbd7017-8546-7996-e249-c6f2008fe2d4/Humble+Government.pdf?t=1605254807206f>

4 <https://idw-online.de/de/attachmentdata87376>

5 <https://www.behoerden-spiegel.de/2021/11/11/dbb-fordert-schlagkraeftige-digitalagentur/>

6 <https://www.fitko.de/ueber-uns>

7 https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

INPERSON

Digitalpolitischer Brunch

Internationale Cybersicherheit: Wie schützen wir die Wirtschaft in Deutschland und Europa vor Cyberangriffen?

Am 16. November fand erstmals der digitalpolitische Brunch, ein neues Veranstaltungsformat der msg, in Berlin statt. Die Podiumsdiskussion erörterte das Thema „Internationale Cybersicherheit: Wie schützen wir die Wirtschaft in Deutschland und Europa vor Cyberangriffen?“ Das Podium setzte sich aus Vertretenden des Bundestages, der Stiftung Wissenschaft und Politik, verschiedener Bundesministerien sowie der msg zusammen.

Der politische Handlungsbedarf gegen Cyberkriminalität wurde vielfach betont: Eingangs präsentierte MdB Sebastian Hartmann (SPD) ein Lagebild der sich verschlechternden Gesamtsituation. Er sprach sich dafür aus, die deutsche Cyberabwehr auf die Schwerpunkte Schutz kritischer Infrastrukturen, Befähigung öffentlicher und privater Akteure allen voran Unternehmen sowie Schärfung der Fähigkeit Attribution (Angreifende erkennen und benennen) auszurichten. Des Weiteren führt er aus: „Eine aktive Cyberabwehr durch sogenannte Hackbacks sollte nicht Teil des zivilen staatlichen Instrumentenkastens sein. Dies gilt nicht für einen etwaigen Cyberverteidigungsfall Deutschlands, der jedoch strikt vom zivilen und abwehrbezogenen Handeln staatlicher Stellen und zur Vermeidung ungewollt ausgelöster Eskalationsspiralen zu trennen ist. Ich bin für eine rein defensiv ausgerichtete Cyber-sicherheitsstrategie, die möglichst unabhängig ist von Technik aus China oder den USA. Unsere Unternehmen schützen wir am besten, indem wir modernste Verschlüsselungstechnik entwickeln – Made in Germany und EU.“

Demgegenüber appellierten andere Podiumsteilnehmende nachdrücklich für den Ausbau staatlicher Cyberabwehrstrukturen, die über präventive Maßnahmen hinausgehen. Um die existentielle Bedrohung in den Griff zu bekommen, seien die Ressourcen zwischen Staat und Unternehmen zu bündeln. Besonders belastend für die Wirtschaft sei, dass es keine zentrale Erfassung von Cyberangriffen sowie keine staatliche Anlaufstellen für betroffene Unternehmen gäbe. Ein Überblick über die zuletzt ergriffenen staatlichen Maßnahmen

umfasste die Cybersicherheitsstrategie sowie das IT-Sicherheitsgesetz 2.0, mit denen der Bund seine Zuständigkeiten und Kompetenzen erweitert hat. Zur Sprache kam auch, dass die Verantwortung für die Schaffung zuverlässiger Cyberabwehrmechanismen nicht nur beim Staat, sondern auch bei den Unternehmen läge.

Neben den nationalen Maßnahmen diskutierte die Runde das europäische und internationale Vorgehen. So sprach sich MdB Tobias Bacherle der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für eine verstärkte Kooperation im Rahmen der Europäischen Union sowie der Vereinten Nationen aus: „*Cybersicherheit und digitale Souveränität schaffen wir nur durch gemeinsames Handeln idealerweise auf europäischer und internationaler Ebene und indem wir auf eine Vielfalt digitaler Ökosysteme, freie Software und offene Formate setzen. In der zukünftigen Bundesregierung braucht es endlich klare Strukturen und eine klare Haltung zu Verschlüsselung, um nur ein paar längst überfällige Punkte zu nennen.*“

Andere Podiumsteilnehmende fügten hinzu, dass Cyberkriminalität nicht nur aus einer innenpolitischen Logik heraus bearbeitet werden dürfe. Das Problembewusstsein auf EU-Ebene sei vorhanden, jetzt müsse die Cyberdiplomatie zuverlässig ausgebaut werden. Gegenwärtig seien nur wenige Staaten willens und in der Lage, sich den Herausforderungen der Cybersicherheit zu stellen. Außereuropäischen Bedrohungen müsse man gemeinsam und geschlossen z. B. mit diplomatischen Erklärungen begegnen, was in der Vergangenheit bereits Wirkung gezeigt habe.

Im Austausch mit den Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und NGOs wurden mögliche offensive Mittel der Cyberabwehr diskutiert. Darunter die Methode der Internet-Segmentierung, welche zuweilen autoritäre Regierungen praktizierten und daher nicht den freiheitlich-demokratischen Prinzipien der westlichen Welt entspräche. Hingegen sind Instrumente wie staatliche

Hackbacks oft zu kosten- und zeitaufwändig und böten einen zu geringen Nutzen. Die anwesenden Regierungs- und Parlamentsvertreter präzisierten, dass Maßnahmen der Cyberabwehr sich immer in den Grenzen der Verfassungs- und Verhältnismäßigkeit bewegen müssten und normative Standards auch im virtuellen Raum zur Anwendung kommen sollten. Die Mobilisierung effektiver Cyber-

abwehrmechanismen bei gleichzeitiger Einhaltung rechtlicher und normativer Regularien ist eine Herausforderung, der sich Regierungen und Unternehmen entschlossener stellen müssen.

Von der Redaktion

INFOCUS

Digitalisierung als Herausforderung und Chance für den modernen Staat

Ein Beleg dafür, dass Deutschland Nachholbedarf im E-Government hat: Im aktuellen E-Government Development Index (EGDI) rutschte Deutschland seit der Veröffentlichung 2018 um zwölf Plätze auf den 25. Platz ab.⁸ Illustres Beispiel hierfür ist die anhaltende Corona-Pandemie. System- und Medienbrüche, unterschiedliche Meldewege, Fehler bei der Datenübertragung, unterschiedliche Erfassungsregeln sowie Personalprobleme bei den Gesundheitsämtern waren von Beginn an hinderlich für eine Krisenbewältigung.⁹ Ähnliches lässt sich bei anderen Behörden beobachten. Die Digitalisierung ist unstrittig notwendig für eine leistungsfähige Verwaltung. Ein Staat ist aber mehr als nur die Verwaltung.

Was ist ein moderner Staat?

Ein Staat als politische Einrichtung ist mit verbindlichen Steuerungs-, Regulierungs- und Koordinierungsfunktionen betraut und bedient sich dabei demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse.

Ein moderner Staat muss diese Funktionen und Prozesse mit modernen, digitalen Technologien und Mitteln umsetzen. Die öffentliche Verwaltung übernimmt hierbei die Steuerungs-, Regulierungs- und Koordinierungsfunktionen. Die

demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse liegen bei Akteuren wie der Politik, den Medien und der Zivilgesellschaft.

Digitalisierung als Herausforderung

Eine moderne Verwaltung ist wichtig für die Stabilität einer Demokratie. „Eine Voraussetzung für den Bestand repräsentativer Demokratien ist, dass Bürger und Bürgerinnen den politischen Institutionen ein gewisses Maß an Vertrauen entgegenbringen.“¹⁰ Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates sank zuletzt auf 45 Prozent.¹¹ Die zögerliche Digitalisierung der Verwaltung trägt dazu bei. Die Lücke zwischen der Nutzungserfahrung bei digitalen Services privater Anbieter und denen der Verwaltung ist ein Faktor, weshalb das Vertrauen in die Verwaltung und Politik schwindet. „Die digitale Transformation [...] stoppt in der Bürgererfahrung mit der öffentlichen Verwaltung.“¹²

Die Verwaltung agiert dabei in einem Silo und berücksichtigt nicht die Lebenswirklichkeit der Nutzenden. Beispielsweise entsprachen digitale Angebote der öffentlichen Verwaltung lange Zeit nicht dem Nutzungsverhalten und den genutzten Medien der Bürger, Bürgerinnen und Unternehmen. Für die

Leistungs- und Zuständigkeitssuche gab es zuerst – separat je Bundesland – Behördenfinder und jetzt Verwaltungsportale. Die Leistungssuchenden nutzen jedoch mehrheitlich etablierte Suchmaschinen. In der Summe kosten solche Fehleinschätzungen Steuergelder und Vertrauen. Laut Francis Fukuyama beginnt der Vertrauensverlust in die Fähigkeiten des Staates mit Fehlern, die keiner zugibt. Für demokratische Gesellschaften ist eine funktionierende Bürokratie elementar.¹³ Daher ist es folgerichtig und wichtig, dass der CIO des Bundes, Dr. Markus Richter, auf „eine neue Kultur des Umgangs mit Fehlern“ verweist.¹⁴

Auch von anderer Seite wird das Vertrauen in den Staat beschädigt. Die Omnipräsenz von Fake-News gehört zu den Schattenseiten der Digitalisierung. Diese untergraben das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in Parteien, Politik und Medien. Zudem werden dadurch realitätsferne, divergente Erwartungen bestärkt, die den gesamtgesellschaftlichen Konsens gefährden.¹⁵ Auch das lässt sich gut in der Pandemie beobachten und mit False Balancing beschreiben. Dies greift vor allem den Bereich des Staates an, der für die demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zuständig ist.

Digitalisierung als Chance

Die digitalisierten Steuerungs-, Regulierungs- sowie Koordinierungsfunktionen brauchen eine moderne Verwaltung, die die Anforderungen der Nutzenden in den Fokus rückt. Die digitale Transformation muss Verwaltungsprozesse spürbar vereinfachen. Das können auch vorhandene Lösungen sein, die intersektoral sind und sich in das Nutzungsverhalten von Bürgern und Bürgerinnen und Unternehmen einfügen. Silos, Hierarchien und Entscheidungsfindungsprozesse sind aufzubrechen und in innovative Strukturen mit einer gelebten

Fehler- und Lernkultur zu führen. Damit der moderne Staat gelingt, ist mehr nötig als Investitionen in Infrastruktur und digitalisierte Verwaltungsprozesse. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die stets auch die Akteure der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im Blick haben muss.

Der digitalisierte demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess braucht unabhängigen Qualitätsjournalismus und eine Politik, die datenbasierte Informationen einordnen und die Reichweite digitaler Medien verantwortungsvoll und integrativ nutzen. Digitale Angebote dürfen nicht zu einem notwendigen Übel degradiert werden, um junge Wähler und Wählerinnen zu erreichen oder Klicks zu erzeugen. Alle Akteure müssen sie als Chance für mehr Transparenz und Partizipation wahrnehmen. Digitale Angebote lassen Demokratiebildung inklusiver werden; sie erreichen Teile der Gesellschaft, die als nicht mehr erreichbar galten.

Digitalkompetenzen ausbauen

Der moderne Staat braucht Bürgerinnen und Bürger, Politik, Medien und eine Verwaltung mit einer hohen Digital- und Medienkompetenz. So empfiehlt eine Stellungnahme deutscher Forschungsakademien zu „Digitalisierung und Demokratie“¹⁶ das lebenslange Lernen von Digitalkompetenz bereits ab der Kita.

Die Regierungskoalition hat diese Herausforderungen erkannt und entsprechende Ziele im Koalitionsvertrag formuliert. Angesichts der Aufgabenfülle braucht es zügig konkrete Umsetzungsstrategien und sichtbare Ergebnisse, um das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die fortschreitende Modernisierung des Staates aufrechtzuerhalten.

Von Tobias Link, Senior Business Consultant Public Sector, msg

8 Vgl.: [https://publicadministration.un.org/egovkb/Portals/egovkb/Documents/un/2020-Survey/2020%20UN%20E-Government%20Survey%20\(Full%20Report\).pdf](https://publicadministration.un.org/egovkb/Portals/egovkb/Documents/un/2020-Survey/2020%20UN%20E-Government%20Survey%20(Full%20Report).pdf), 13.11.2021, 18:14 Uhr

9 Vgl.: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/corona-gesundheitsaemter-101.html>, 13.11.2021, 18:09 Uhr

10 Fuchs, D., Gabriel, O. W., & Völk, K. (2002). Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31(4), 427-450.

11 Vgl.: https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2021/forsa_2021.pdf

12 Ausschuss Digitale Agenda, Ausschussdrucksache 18(24)136

13 Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/staat-und-gesellschaft-aktenzeichen-politikverdrossen/19703446.html>, 14.11.2021, 16:27 Uhr

14 <https://www.egovernment-computing.de/warum-die-digitalisierung-einfach-sein-muss-a-1066597/>, 15.11.2021, 14:39 Uhr

15 Vgl.: https://demokratie.niedersachsen.de/startseite/themen/digitalisierung/fake_news/fake-news-eine-gefahr-fuer-die-demokratie-167063.html, 13.11.2021, 19:12 Uhr

16 Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (2021): Digitalisierung und Demokratie. Halle (Saale).

POLITICAL VOICE

Von MdB Tobias B. Bacherle, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag

Für ein Deutschland, das einfach funktioniert – Vision eines modernen Staates



„Wir wollen einen grundlegenden Wandel hin zu einem ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat, der vorausschauend für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet. Es geht darum, das Leben einfacher zu machen“, steht im Ampel-Koalitionsvertrag. Das Zitat fasst unsere Antwort auf die großen digitalpolitischen Fragen zusammen: Welche Rolle hat unser freiheitlich-demokratischer Staat in Zeiten großer Umbrüche? Wie können wir effektiv Krisen wie die Pandemie oder den Klimawandel bewältigen und Digitalisierung oder den demographischen Wandel gemeinsam gestalten? Wie schaffen wir es, dass der Staat als digitaler Dienstleister für die Bürger*innen einfach funktioniert?

Für die Modernisierung unserer Infrastruktur, hin zur Klimaneutralität und digitalen Transformation, sind die zahlreichen Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Es ist dringlichste Zeit, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren und etwa den Ausbau der Stromleitungen oder den Deutschlandtakt zu priorisieren. Dazu gehört auch

ein starker Personalzuwachs. Gleichzeitig braucht es eine moderne Führungs- und Verwaltungskultur, die eine agilere und digitalere Verwaltung ermöglicht. Mit interdisziplinärem, ressort- und behördenübergreifendem Handeln – z. B. über Projektteams und Innovationseinheiten. Dafür sind die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen, etwa über ein zentralisiertes Digitalbudget.

Für die Geschwindigkeit und Akzeptanz staatlichen Handelns ist gesellschaftliches Vertrauen essenziell. Ich bin überzeugt, dass unser moderner Staat sich durch ein partnerschaftliches Verhältnis mit Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe auszeichnet. In Kontakt mit dem Staat zu treten, soll angenehm und als Serviceleistung empfunden werden. Eine digital funktionsfähige Verwaltung ist dafür die Voraussetzung und kann zugleich zu mehr Transparenz beitragen, etwa mit der Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren nach dem Einer-für-alle-Prinzip oder der Abschaffung der Schriftformerfordernis.

Auf der anderen Seite müssen wir als Staat unser eigenes Wort endlich für bare Münze nehmen: Das Recht auf Verschlüsselung und Interoperabilität, die staatliche Meldepflicht von Sicherheitslücken und etwa die Unterstützung der KMUs im Bereich Cybersecurity sorgen für Sicherheit, Verlässlichkeit und stärken das Vertrauen in einen modernen Staat.

SPD, Grüne und FDP bringen zwar teilweise unterschiedliche Perspektiven auf staatliches Handeln mit. Es eint uns jedoch der Wille zur (staatlichen) Modernisierung und das gemeinsame Ziel, die großen Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht anzupacken und dabei niemanden zurückzulassen. Gemeinsam können wir einen modernen Staat schaffen, der die Vielfalt dieses Landes widerspiegelt. Einen lernenden Staat, der den Menschen ihre freie Entfaltung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ermöglicht. Jetzt in der Gegenwart und für kommende Generationen.

TERMINANKÜNDIGUNGEN

14.12.2021, Data Debates #20: Ohne Digitalisierung keine Energiewende?!

Fachdiskussion über die Herausforderungen der digitalen Transformation und nachhaltigen Innovation. Wie ist die neue Regierung hierfür aufgestellt und wie sieht der geplante Kurs aus?

Veranstalter: Tagesspiegel, Telefónica Deutschland/o2

Ort: Online

Anmeldung unter: <https://www.basecamp.digital/event/data-debates-20-ohne-digitalisierung-keine-energiewende/>

24.02., 25.02. und 03.03.2022, Digital Leadership: Führen im digitalen Wandel

Seminar zur Entwicklung einer ganzheitlichen individuellen Digitalisierungsstrategie und zur Etablierung einer zukunftsorientierten Führung.

Veranstalter: Paritätische Akademie Berlin

Ort: Online

Anmeldung unter: <https://akademie.org/veranstaltung/digital-leadership-fuehren-im-digitalen-wandel>

10.03. und 11.03.2022, Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung

Das Seminar vermittelt Wissen und Fähigkeiten, um Bürgerinnen, Bürgern sowie Unternehmen die Leistungen des öffentlichen Sektors in zeitgemäßer, effektiver Form bereitzustellen.

Veranstalter: TÜV Nord

Ort: TÜV NORD Akademie GmbH & Co. KG, Geschäftsstelle Berlin-Brandenburg, Zimmerstr. 23, 10969 Berlin

Anmeldung unter: <https://www.tuev-nord.de/de/weiterbildung/seminare/digitalisierung-in-der-oeffentlichen-verwaltung-a/>

STELLVERTRETENDE REDAKTIONSLEITERIN:



Antonia Dittrich

MITWIRKENDE AUTOREN UND AUTORINNEN:



Tobias Link



Julia Gronenberg



Jonathan Ostertag

IMPRESSUM

Herausgeber

msg systems ag
Robert-Bürkle-Straße 1
85737 Ismaning/München
Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Stephan Frohnhoff (Vorsitzender),
Rolf Kranz,
Dr. Aristid Neuburger,
Karsten Redenius,
Dr. Frank Schlottmann,
Dr. Jürgen Zehetmaier
Aufsichtsratsvorsitzender:
Johann Zehetmaier

Redaktionsleitung:

Regina Welsch
msg systems ag
Friedrichstraße 120, 10117 Berlin
Mobil: +49 1520 238 5842
E-Mail: public-affairs@msg.group